



Hauptausschuss

34. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 „Karenzzeit“ für ausgeschiedene Regierungsmitglieder und (Parlamentarische) Staatssekretäre in Anlehnung an EU-Recht einführen	6
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/4816 – Neudruck	
Stellungnahme 16/2227, Stellungnahme 16/2239, Stellungnahme 16/2258	

– Öffentliche Anhörung von Sachverständigen –

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
-/--	Dr. Dr. h. c. Burkhard Hirsch	16/2239	9, 20
LobbyControl Initiative für Transparenz und Demokratie e. V., Köln	Ulrich Müller	16/2263	11, 21
Westfälische Wilhelms- Universität Münster	Prof. Dr. iur. Janbernd Oebbecke	16/2227	14, 15, 23
Universität zu Köln Rechtswissenschaftliche Fakultät Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht	Prof. Dr. Michael Sachs	16/2258	17, 25

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)

27

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/6500

Ergänzungen Drucksache 16/6710 und Drucksache 16/6990

Vorlage 16/2182 (Erläuterungsband EP 02)

Vorlage 16/2203 (Bericht EP 02)

Vorlage 16/2174 (Erläuterungsband EP 07, Seite 145 ff.)

Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses:

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Der Hauptausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Einzelplan 01 – Landtag – einstimmig an.

Der Hauptausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Der Ausschuss nimmt das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 07 070 des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

3 Umsetzung und Weiterentwicklung des Gender-Mainstreaming-Ansatzes in der Landesverwaltung 31

– Bericht der Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

4 Etikettenschwindel „Digitale Agenda“: Die Bundesregierung ist noch immer nicht im digitalen Zeitalter angekommen! 34

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6678

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den Ausschuss für Kultur und Medien)

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/6678 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

5 Verschiedenes 38

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 16/6500

Ergänzungen Drucksache 16/6710 und Drucksache 16/6990

Vorlage 16/2182 (Erläuterungsband EP 02)

Vorlage 16/2203 (Bericht EP 02)

Vorlage 16/2174 (Erläuterungsband EP 07, Seite 145 ff.)

Änderungsanträge, abschließende Beratungen und Abstimmungen im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses:

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann verweist auf die Ergebnisvermerke zu den Berichterstattegesprächen: zu EP 07 – Landeszentrale für politische Bildung – Vorlage 16/2275, zu EP 02 Vorlage 16/2358. Vorlage 16/2350 enthalte die Antworten auf einzelne Fragen des Kollegen Sommer (PIRATEN) zu EP 02 aus der HPA-Sitzung vom 25. September 2014.

Somit könne der Ausschuss vereinbarungsgemäß in die abschließende Beratung und Abstimmung eintreten. Änderungsanträge seien nicht zugeleitet worden.

Einzelplan 01 – Landtag

(Keine Wortmeldungen)

Der Hauptausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Einzelplan 01 – Landtag – einstimmig an.

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Fragen hätte er sehr viele, so **Werner Jostmeier (CDU)**, die würden hier aber nach gewohnter Manier nicht beantwortet.

Die CDU stimme dem Einzelplan 02 nicht zu. Dafür lasse sich eine Reihe von Gründen benennen.

Während elf Bundesländer nicht nur keine neuen Schulden mehr machten, sondern bestehende Schulden sogar tilgten, sei Nordrhein-Westfalen das Land, das drei Viertel aller neuen Schulden in der Bundesrepublik mache. Das führe zu gewissen Verwerfungen, gewissen Entscheidungen, einer gewissen Haushaltslage, einer gewissen Medienlandschaft, wie man sie am Vortag erlebt habe. Dazu könne eine Opposition, dazu könne die CDU lediglich sagen: „Macht ruhig so weiter!“ Im Kommunalwahlkampf sei versprochen worden, die Grunderwerbssteuer nicht zu erhöhen.

Der nun folgende dreiste Wortbruch habe da durchaus „Stil“. An wirkliches Sparen sei überhaupt nicht zu denken. Aufgabenkritik werde nach wie vor verweigert. SPD und Grüne seien nicht willens und in der Lage, den Haushalt grundlegend zu sanieren und die bestehenden Landesaufgaben zu überprüfen.

Die Reaktion nicht nur seitens der Opposition sei eindeutig. Am Vortag hätten Wirtschaftsverbände und IHK ihn, Jostmeier, in einem wütenden Telefongespräch gefragt, warum die Bildungsschecks von heute auf morgen gekappt würden. Dies bedeute einen massiven Vertrauensbruch der Landesregierung gegenüber der Wirtschaft, gegenüber Bildungseinrichtungen, die sich darauf eingestellt und auf die Verlässlichkeit solcher Regelungen vertraut hätten.

Die CDU schaue dem zu. Sie habe ihre Hausaufgaben gemacht und Änderungsanträge formuliert.

Man müsse sich nicht wundern über die Reaktionen von Medien, Verbänden, Wirtschaft und caritativen Vereinigungen auf das in diesen Tagen erlebte Handeln der Landesregierung und der sie tragenden Parteien im Landtag angesichts der Steuereinnahmen und des historischen Niedrigzinses.

Eine konkrete Frage wolle er aber doch noch stellen, so der Abgeordnete. Jüngst sei in Gesprächen begründet worden, weshalb in diesem Jahr keine sogenannten „Tat-Kraft“-Tage mehr stattfänden, obwohl seines Wissens noch zwei möglich seien, und für das kommende Jahr – 2015 – offenbar sechs angedacht seien. Es interessiere, ob diese Wahlkampfveranstaltungen auf Kosten des Steuerzahlers tatsächlich weiterhin stattfinden sollten oder nicht.

An den Kollegen Jostmeier gewandt, der hier eine Generaldebatte eröffnet, aber nicht zu Einzelplan 02 gesprochen habe, äußert **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)**:

Die CDU-Landtagsfraktion benenne auf ihrer Website in einer Broschüre zum Sanierungskonzept für den Landeshaushalt als monetär wirksamste Maßnahme mit 500 Millionen € Mehreinnahmen die Zustimmung zum Schweizer Steuerabkommen. Seines Wissens gebe es dieses Steuerabkommen überhaupt nicht mehr, so Mostofizadeh. Im Übrigen würde auch nicht die Zustimmung zu diesem Steuerabkommen, sondern seine Verhinderung zu erheblich mehr Erträgen führen, was auch aus der Vorlage des Finanzministers zur aktuellen Sitzung des Haushalt- und Finanzausschusses hervorgehe.

Die von der CDU-Landtagsfraktion in ebendieser Broschüre vorgeschlagene Kürzung aller Förderprogramme um 25 % beträfe auch den hier in Rede stehenden Einzelplan. Insofern hätte man erwarten können, dass die CDU-Landtagsfraktion dezidierte Vorschläge für die aktuelle Hauptausschusssitzung vorlegen würde.

Es sei billiger Populismus und habe mit seriöser Haushaltspolitik nichts zu tun, wenn man wie die CDU-Landtagsfraktion der Landesregierung auf der einen Seite Schuldenmachen vorwerfe und höhere Einsparungen fordere, auf der anderen Seite aber mehr Polizistinnen und Polizisten, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Geld für die Gedenkstättenarbeit fordere und die Bereiche Sport und Kultur von den pauschalen Förderkürzungen ausnehmen wolle.

Er rate der CDU-Landtagsfraktion, diese Broschüre von ihrer Website zu nehmen, so Mostofizadeh. Dann hätte er eine Möglichkeit weniger, ins Wespennest zu stechen.

Der Regierungsentwurf sei ausgewogen. Die Koalition werde noch Anträge stellen, allerdings nicht zu Einzelplan 02, und bitte um Zustimmung.

Sie wolle der Versuchung widerstehen, an dieser Stelle eine generelle Debatte zum Haushalt zu führen, so **Angela Freimuth (FDP)**.

Ihre Fraktion werde dem Einzelplan 02 nicht zustimmen, da der bislang von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf für das nächste Jahr die Weichen nicht in die richtige Richtung stelle, wenngleich einzelne Ansatzkürzungen im Grundsatz durchaus zu begrüßen seien. Sie behalte sich vor, ihre Änderungsanträge zur zweiten bzw. dritten Lesung vorzulegen. Ziel sei ein Gesamtkonzept zur Haushaltskonsolidierung mit Investitionen in wichtigen Bereichen der Landespolitik.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) schließt sich den Ausführungen von Herrn Mostofizadeh hinsichtlich der Beurteilung des Wortbeitrages von Herrn Jostmeier an, der offensichtlich weder mit seinem Berichterstatter, Herrn Dr. Optendrenk, gesprochen noch in die Unterlagen zum Berichterstattergespräch hineingeschaut habe.

(Werner Jostmeier [CDU]: Doch, das habe ich!)

Daraus gehe nämlich hervor, dass es im laufenden Jahr aufgrund der Haushaltssperre insgesamt nur zwei „TatKraft“-Tage gegeben habe.

Der Einzelplan 02 sei insgesamt sehr verantwortungsvoll gestaltet, er bleibe konstant und bringe zum Ausdruck, dass die Landesregierung sehr wohl an einer soliden Haushaltsführung interessiert sei.

Der **Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense**, betont die Argumente zum Thema „TatKraft“-Tage habe man bereits in den vergangenen Jahren mehrfach ausgetauscht. Bekanntlich unterscheide sich die Bewertung dieser Veranstaltungsreihe durch die Landesregierung fundamental von der durch Herrn Jostmeier. Die Landesregierung sehe in den Diskussionsforen mit gesellschaftlichen Gruppen wichtige Informationsquellen und habe dem Ausschuss auch schon einmal dargelegt, welche konkreten, auch handlungsleitenden Erkenntnisse aus diesen Veranstaltungen gewonnen würden.

Das Ausgabenniveau des Einzelplans 02 sei über die letzten Jahre insgesamt konstant geblieben. Das gelte auch für den vorliegenden Entwurf. Allerdings setze die Landesregierung ihre Politik fort, insbesondere den Bereich Öffentlichkeitsarbeit nicht nur mit Blick auf die Ansätze der Vorgängerregierung, sondern auch mit Blick auf die Ansätze vergleichbarer Flächenländer bescheiden zu gestalten.

Wie im Berichterstattergespräch dargelegt, biete der Haushaltsansatz für das Jahr 2015 die Möglichkeit, bei den durchschnittlichen Kostenansätzen sechs „TatKraft“-Tage durchzuführen. Da bisher keine konkreten Planungen dazu vorlägen, lasse sich

die genaue Zahl dieser Veranstaltungen im kommenden Jahr aber noch nicht absehen. Auf jeden Fall solle dieses Format in der bewährten Form erhalten bleiben.

Sodann lässt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** abstimmen.

Der Hauptausschuss nimmt den in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin – mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Angela Freimuth (FDP) kommt auf die Diskrepanz zwischen den Istergebnissen und den jeweiligen Ansätzen der Vorjahre zu sprechen: Das Istergebnis des Jahres 2013 in Höhe von 1,325 Millionen € liege ungeachtet Kürzungen, Verpflichtungsermächtigungen usw. um 379.000 € unterhalb des Ansatzes, das Istergebnis des Jahres 2012 in Höhe von 1,154 Millionen € um 601.000 € unter dem entsprechenden Ansatz. Es interessiere, warum der aktuell vorgesehene Ansatz bezogen auf die Istergebnisse der Vorjahre nicht noch weiter abgesenkt werde, ob besondere Gründe für die Höhe dieses Ansatzes vorlägen.

Der **Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Franz-Josef Lersch-Mense**, bietet an, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Angela Freimuth (FDP) nimmt dieses Angebot dankend an.

Sodann lässt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** abstimmen.

Der Ausschuss nimmt das in seinem Zuständigkeitsbereich liegende Kapitel 07 070 des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der FDP an.

Damit seien die Beratungen des Hauptausschusses über die in seinem Zuständigkeitsbereich liegenden Teile des Haushaltsplanentwurfs 2015 abgeschlossen, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.